

Finanz- und Wirtschaftsausschuss

N i e d e r s c h r i f t

Gremium: Finanz- und Wirtschaftsausschuss - öffentlich
Sitzungstermin: Dienstag, 11.03.2003
Raum: Ratssaal des Rathauses
Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 18:10 Uhr

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieser Niederschrift sind.

Genehmigt und wie folgt unterschrieben:

Vorsitzender:

Bürgermeister:

Protokollführer:

TEILNEHMERVERZEICHNIS

Anwesend sind:

Ausschussvorsitz

Herr Hans-Gerold Finkeisen CDU

ordentliche Mitglieder

Herr 1. stv. BM Dieter von Essen CDU

Frau 2. stv. BM Friedegund Reiners CDU

Herr Walter Backhaus CDU für Matthias Decker

Herr Walter Steinhausen CDU

Frau Evelyn Fisbeck F.D.P.

Herr Rüdiger Kramer SPD

Herr Lars Krause SPD

Herr Wolfgang Schwalbe SPD

Herr Werner Skirde SPD

Herr Gerd Langhorst Bündnis 90/Die Grünen

Grundmandat

Herr Rainer Zörgiebel UWG

Verwaltung

Herr Dieter Decker Bürgermeister

Herr Günther Henkel

Herr Hans-Hermann Ammermann

Herr Fritz Sundermann

Herr Frank Dudek

Herr Ralf Kobbe Protokoll

Gäste

2 Zuhörer

VERZEICHNIS DER TAGESORDNUNGSPUNKTE

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 03.02.2003
- 4 Maßnahmen Kommunalmarketing
Vorlage: 2003/051
- 5 Wirtschaftsplan des Bauhofes der Gemeinde Rastede
Vorlage: 2003/053
- 6 Einführung einer Gebühr für das Niederschlagswasser
Vorlage: 2003/052
- 7 Anhebung der Hebesätze für die Realsteuern
Vorlage: 2002/294
- 8 Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2003
Vorlage: 2003/006A
- 9 Anfragen und Hinweise
- 10 Schließung der Sitzung

Tagesordnungspunkt 1

Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende Herr Finkeisen eröffnet die öffentliche Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses um 16:00 Uhr.

Tagesordnungspunkt 2

Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Sitzungsverlauf:

Der Ausschussvorsitzende Herr Finkeisen stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Anwesend sind elf stimmberechtigte Mitglieder.

Herr Schwalbe regt an, den Tagesordnungspunkt 8 „Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2003“ aufgrund der engen Beratungsfolge und des fehlenden Stellenplanes von der Tagesordnung abzusetzen.

Herr Henkel gibt zu verstehen, dass der Stellenplan bislang noch nie im Finanz- und Wirtschaftsausschuss, sondern immer im Verwaltungsausschuss beraten wurde. Der Stellenplan ist vorgesehen für die VA-Sitzung am 18.03.2003.

Herr Langhorst schlägt vor, künftig den Stellenplan im nicht öffentlichen Teil des Finanz- und Wirtschaftsausschusses zu beraten, da er integraler Bestandteil der Haushaltsberatung ist.

Herr Finkeisen schließt sich den Ausführungen von Herrn Langhorst an. Er regt jedoch an, aufgrund der engen zeitlichen Konstellation, den Stellenplan in diesem Jahr den Verwaltungsausschuss zu überlassen und die Tagesordnung wie vorgelegt abzuhandeln.

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss beschließt:

Die Tagesordnung wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Tagesordnungspunkt 3

Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 03.02.2003

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss beschließt:

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses vom 03.02.2003 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Tagesordnungspunkt 4

Maßnahmen Kommunalmarketing
Vorlage: 2003/051

Sitzungsverlauf:

Herr Zörgiebel begrüßt, dass erste Projekte wie das Aufstellen von Ortsbegrüßungsschilder im Rahmen des Kommunalmarketingprozesses umgesetzt werden. Er beanstandet jedoch, dass beispielsweise in Hahn-Lehmden der Ortsbürgerverein entsprechende Schilder in Eigenleistung aufgestellt hat, während nun in Rastede die Begrüßungstafeln von der Gemeinde bezahlt werden.

Herr Henkel gibt diesbezüglich zu verstehen, dass es erklärtes Ziel ist, soweit wie möglich Sponsoren einzubinden, um die aufzuwendenden Finanzmittel auf ein Minimum zu reduzieren.

Herr Skirde regt an, die Begrüßungsschilder in der gesamten Gemeinde möglichst einheitlich zu gestalten.

Herr Kramer spricht sich für die Bereitstellung der Finanzmittel aus. Er erklärt, dass über Form und Aussehen der Schilder zu einem späteren Zeitpunkt beraten werden sollte.

Beschlussempfehlung:

Unter der Voraussetzung, dass eine Beteiligung der am Kommunalmarketingprozess beteiligten Institutionen und Verbände stattfindet, werden 10.000,00 € für die Projekte "Ortsbegrüßungsschilder", "Überarbeitung der Informationstafeln" und "Beschilderung im Schlosspark" zur Verfügung gestellt.

Die Gesamtaufwendungen dieser Maßnahme sind durch geeignete Finanzierungsbeteiligungen wie zum Beispiel Werbung zu minimieren. Über das Ergebnis insbesondere auch des Beteiligungsprozesses des Beirates Kommunalmarketing ist zu gegebener Zeit ein Bericht vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 5

**Wirtschaftsplan des Bauhofes der Gemeinde Rastede
Vorlage: 2003/053**

Sitzungsverlauf:

Herr Dudek erläutert die in der Vorlage ausführlich dargestellte Eröffnungsbilanz zum 01.01.2003 sowie den Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2003 für den optimierten Regiebetrieb Bauhof Rastede.

Herr Skirde gibt zu verstehen, dass die bisherige Pausenregelung beim Bauhof nicht akzeptabel ist.

Bürgermeister Decker legt hierzu dar, dass inzwischen mit dem Bauhof eine Regelung getroffen worden ist, dass Arbeitsaufträge größtenteils so verteilt werden, dass die Mitarbeiter in den Außenstellen ihre Pausen machen können.

Auf Nachfrage von Herrn Langhorst erklärt Herr Ammermann, dass sich der Bauhof künftig nicht an öffentlichen Ausschreibungen beteiligen kann. Außerdem können Leistungen des Bauhofs auch nicht von Privatpersonen und Firmen anfordert werden.

Frau Fisbeck erkundigt sich, warum der Personalkostenansatz beim Landeturnier von 25.300 Euro auf 28.000 Euro angehoben wurde.

Herr Ammermann erklärt hierzu, dass die Anhebung in erster Linie aufgrund der Tariferhöhung zustande gekommen ist.

Auf Nachfrage von Herrn von Essen erläutert Herr Dudek, dass der Bauhof das im Wirtschaftsplan aufgeführtes Darlehen in Höhe von 62.000 Euro bei der Gemeinde Rastede aufnimmt.

Beschlussempfehlung:

Der Wirtschaftsplan des Wirtschaftsjahres 2003 für den optimierten Regiebetrieb Bauhof Rastede wird beschlossen.

Die Eröffnungsbilanz zum 01.01.2003 wird zur Kenntnis genommen.

Das Kapital wird mit 730.970 € festgestellt. Das Eigenkapital wird mit 450.000 € festgestellt und eine Kapitalrücklage von 280.970 € gebildet.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 6

**Einführung einer Gebühr für das Niederschlagswasser
Vorlage: 2003/052**

Sitzungsverlauf:

Herr Dudek erläutert, dass die Frage nach der Erhebung einer Niederschlagsgebühr im Haushaltskonsolidierungskonzept aufgeführt ist. Nach einer ersten Schätzung ist eine jährliche Gebühreneinnahme von 400.000 Euro realistisch. Er unterbreitet den Vorschlag eine entsprechende Gebühr zum 01.01.2005 einzuführen.

Herr Finkeisen betont, dass es innerhalb der CDU-Fraktion diesbezüglich noch erheblichen Beratungsbedarf gibt. Er regt an, die Thematik zunächst einmal zurückzustellen.

Herr Kramer schließt sich den Ausführungen von Herrn Finkeisen an und ergänzt, dass auch innerhalb der SPD-Fraktion noch einige Beratungen notwendig sind, bevor ein Beschluss gefasst wird.

Herr Langhorst befürwortet die Einführung einer Niederschlagsgebühr. Er stimmt einer weiteren Beratung in den Fraktion zu, jedoch nur unter der Prämisse, dass es nicht Ziel ist, das Thema endgültig zu den Akten zu legen.

Beschluss:

Die Thematik wird zur weiteren Beratung an die Fraktionen überwiesen. Eine erneute Aussprache soll im nächsten Finanz- und Wirtschaftsausschuss erfolgen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 7

Anhebung der Hebesätze für die Realsteuern

Vorlage: 2002/294

Sitzungsverlauf:

Herr Dudek erläutert, dass ein Haushaltsausgleich mit den bereits beschlossenen Maßnahmen in den Fachausschüssen nicht möglich ist, so dass eine Anhebung der Realsteuern kaum zu vermeiden ist. Die vorgestellten neuen Hebesätze bedeuten abzüglich der Kreisumlage und der Gewerbesteuerumlage eine Mehreinnahme von 359.000 Euro.

Herr Skirde gibt zu verstehen, dass die Erhöhung der Hebesätze unumgänglich ist und sich vernünftig geführte Betriebe nicht von einer leichten Erhöhung der Gewerbesteuer abschrecken lassen.

Auf Nachfrage von Herrn Kramer erklärt Bürgermeister Decker, dass bis auf die Gemeinde Apen alle Kommunen im Ammerland die Hebesätze ab 2003 anheben werden.

Herr Zörgiebel spricht sich dafür aus, die Hebesätze künftig jedes Jahr auf den Prüfstand zu stellen, um größere Gebührensprünge zu vermeiden.

Herr Langhorst betont, dass in der Vergangenheit versäumt worden ist, die Steuersätze rechtzeitig zu erhöhen, so dass nun ein erhebliches Defizit im Haushalt vorhanden ist. Trotz der angepriesenen niedrigen Steuersätze ist es der Gemeinde nicht gelungen, größere wirtschaftliche Erfolge zu erzielen.

Frau Reiners und Frau Fisbeck weisen darauf hin, dass die vorgeschlagene maßvolle Erhöhung der Hebesätze erforderlich ist. Eine stärkere Anhebung lehnen sie ab.

Beschlussempfehlung:

Die Steuersätze (Hebesätze) für die Realsteuern werden für das Haushaltsjahr 2003 wie folgt festgesetzt:

- | | |
|---|----------|
| 1. Grundsteuer | |
| a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) | 280 v.H. |
| b) für die Grundstücke (Grundsteuer B) | 300 v.H. |
| 2. Gewerbesteuer | 310 v.H. |

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 8

Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2003

Vorlage: 2003/006A

Sitzungsverlauf:

Herr Dudek stellt zunächst das Ergebnis der Haushaltsberatungen vor. Demnach konnte bereits der erste Beratungsentwurf durch Einsparungen der Verwaltung um 294.000 Euro von 24.141.200 Euro auf 23.847.200 Euro gekürzt werden. Weiteres Einsparpotential in Höhe von 679.400 Euro ergab sich aus den Beratungen in den Fachausschüssen, so dass die Differenz im Verwaltungshaushalt auf 811.700 Euro reduziert werden konnte. Die Anhebung der Realsteuersätze ergibt schließlich Mehreinnahmen in Höhe von 359.200 Euro, womit der Fehlbetrag nun bei 452.500 Euro liegt. Zuzüglich des Defizitanteils der Schmutzwasserbeseitigung von rund 150.000 Euro, ergibt sich ein Haushaltsdefizit von rund 600.000 Euro (siehe nachfolgende Tabelle).

Volumen erster Verwaltungsentwurf:	24.141.200		
Volumen erster Beratungsentwurf:	23.847.200		
Einsparung Verwaltung:		294.000	1.491.100
Veränderung Beratung Fachausschüsse:		679.400	811.700
Realsteuersatzanhebung:		359.200	452.500
+ Defizitanteil Schmutzwasserbeseitigung			150.000

			602.500

Herr Dudek berichtet bezugnehmend auf den Vermögenshaushalt, dass sich aufgrund mehrerer eingesparter Kredite (rund 2. Mio. Euro) im vergangenen Jahr die Darlehensaufnahme in 2003 voraussichtlich auf 2.608.700 Euro beschränkt. Der Schuldenstand wird nach Aufnahme der Darlehen voraussichtlich 11.435.363 Euro betragen.

Im weiteren Verlauf der Haushaltsberatung gehen die Mitglieder des Finanz- und Wirtschaftsausschusses einzelne Positionen durch. Es werden Verständnisfragen gestellt und geklärt.

Nachfolgend genannte Themenbereiche werden näher erörtert:

EDV-Kosten

Auf Nachfrage von Herrn Langhorst erklärt Herr Dudek, dass sich die Kosten für die EDV in verschiedenen Budgets wiederfinden. Außerdem stellt er heraus, dass in der Regel keine aktuelle Software gekauft wird, da auch ältere Versionen für den Betrieb ausreichen. Aus diesem Grund sind auch keine neuen Lizenzverträge abgeschlossen worden.

Unterhaltung Bushaltestellen

Herr Finkeisen erkundigt sich, warum die Unterhaltungskosten für die Bushaltestellen von 11.900 Euro auf 42.000 Euro angehoben worden sind.

Herr Ammermann erläutert hierzu, dass eine neue Zuordnung der Bauhofkosten erfolgt ist. In den vergangenen Jahren wurden die Kosten im Bereich "Straßen, Wege, Plätze" veranschlagt.

Fahrradboxen am Bahnhof

Auf Nachfrage von Herrn Krause erklärt Bürgermeister Decker, dass der Antrag der SPD-Fraktion, die Fahrradboxen am Bahnhof umzusetzen, im Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt Straßen beraten und beschlossen wurde. Entsprechende Finanzmittel sind im Haushalt eingestellt.

Haushaltskonsolidierungskonzept

Auf Nachfrage von Herrn Krause erläutert Herr Henkel, dass die Verwaltung bezüglich des Haushaltskonsolidierungskonzepts zunächst eine Prioritätenliste aufstellt, die im Anschluss von den politischen Gremien beschlossen werden soll. Erste Prüfaufträge sollen bereits im Mai erteilt werden.

Erbbaugrundstücke

Herr Steinhausen gibt zu verstehen, dass sich derzeit Erbbaugrundstücke nicht zum Verkaufswert veräußern lassen, da der Erbbauzins äußerst günstig ist.

Haushaltskonsolidierungskonzept

Im Anschluss erläutert Herr Dudek das Haushaltskonsolidierungskonzept.

Er stellt heraus, dass:

- 1.) dargestellt werden muss, was bis 2002 an Einsparmöglichkeiten genutzt wurde.
- 2.) gezeigt werden muss, welche Einsparmöglichkeiten ab 2003 wirksam werden.
- 3.) erläutert werden muss, welche Einsparmaßnahmen noch im Zuge der laufenden Haushaltsberatungen möglich sind.
- 4.) aufgezeigt werden muss, welche Dinge ab 2004 eingeleitet werden können.

Herr Dudek macht deutlich, dass die Aufsichtsbehörde verlangt, dass Prüfaufträge in jede Richtung und ohne Tabu erfolgen müssen. Er stellt klar und deutlich heraus, dass die Erteilung eines Prüfauftrags aber noch nicht heißt, dass diese Maßnahme schon beschlossene Sache ist.

Im weiteren Verlauf der Sitzung stellt Herr Dudek allgemeine und budgetspezifische Prüfaufträge vor.

Allgemeine Prüfaufträge:

- 1.) Die Verwaltung wird beauftragt, alle Zuschüsse auf Notwendigkeit und Höhe zu überprüfen. Auf der Grundlage der Prüfungsergebnisse sind für die jeweiligen Bereiche Zuschussrichtlinien zu entwerfen und zur Entscheidung vorzulegen. Es ist mindestens darauf zu achten, dass eine definierte maximale jährliche Ausgabenhöhe grundsätzlich nicht überschritten wird.
- 2.) Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, welche Miet- und Pachtverträge gekündigt oder in der Weise verändert werden können, dass sich gegenüber der derzeitigen Situation eine Wirtschaftlichkeitsverbesserung ergibt. Mindestens zu prüfen sind die Miet- und Pachtverträge Kögel-Willms-Platz, Kögel-Willms-Busch, Reitwege im Eichenbruch, Campingplatz Hahn, Palais und Palais-Garten, Schlosspark (Rennplatz, Schlosspark, Sportplatz, Freibad).

- 3.) Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, welche finanziellen Auswirkungen die Schließung von öffentlichen Einrichtungen insbesondere vor dem Hintergrund hat, diese Einrichtungen nach der Konsolidierung wiederzueröffnen und bis zu diesem Zeitpunkt im Falle des Eigentums die Bausubstanz zu erhalten. Soweit eine dauerhafte Schließung seitens der Gemeinde in Betracht kommt, ist der Verkauf der Einrichtung mit dem Ziel zu prüfen, dass die Einrichtung von einem neuen Träger weiterbetrieben wird.
- 4.) Die Kosten für die laufende Unterhaltung von Baulichkeiten und Außenanlagen werden limitiert und auf eine Größenordnung festgesetzt, die sich nach festen Merkmalen errechnet. Die Verwaltung wird beauftragt, eine entsprechende Berechnung vorzunehmen und die sich daraus ergebenden Unterhaltungsmöglichkeiten darzustellen.
- 5.) Die Verwaltung wird beauftragt, die Möglichkeiten des Verkaufs von kommunalen Beteiligungen zu prüfen.
- 6.) Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, welche Aufgaben die Gemeinde abgeben kann und ggfs. entsprechende Vorschläge zu unterbreiten.

Spezielle, budgetorientierte Prüfaufträge:

- 1.) Die Verwaltung wird beauftragt, die Höhe der Verwaltungsgebühren für die Trauungen im Palais zu überprüfen.
- 2.) Kostenrechnungen sind überall dort durchzuführen, wo deren Ergebnisse für die Erhebung von Nutzungsentgelten wichtige Argumente für die rechtliche und politische Diskussion liefert. Mindestens ist eine Kostenrechnung für den Bereich Regie zu betreiben, um gerichtsfest die Regiekosten zu berechnen, die als Kostenfaktoren in alle Gebühren- und Entgeltkalkulationen eingehen.
- 3.) Die Verwaltung wird beauftragt einen Weg zu prüfen, der es erlaubt, eigene und Planungskosten Dritter erstattungsfähig zu machen und in Verkaufspreisen, Entgelten usw. einzurechnen.
- 4.) Die Gemeinde strebt an, erschlossene Baugrundstücke gemäß § 97 NGO zum vollen Wert zu verkaufen.
- 5.) Die Gemeinde strebt an, alle Erbbaugrundstücke zu verkaufen. Die Verwaltung wird beauftragt, die Verkaufswerte für die Erbbaugrundstücke festzustellen und zu Entscheidung vorzulegen.
- 6.) Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob unter Berücksichtigung der steuerlichen Problematik der erwerbswirtschaftliche Handel Mehreinnahmen bzw. weniger Ausgaben im Bereich der Abwicklung von Grundstücksgeschäften (Wohn-/Gewerbegrundstücke) erzeugen kann.
- 7.) Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob die zwischenzeitliche Verpachtung gewerblich nicht genutzter Teilflächen an die Landwirtschaft zu Veränderungen in der Bemessung der Bewirtschaftungskosten führt.
- 8.) Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob Kostenreduzierungen dadurch möglich sind, dass der Aufgabenbereich Vermietungen / Verpachtungen an ein privates Verwaltungsbüro abgegeben wird.
- 9.) Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, welche Veränderungen durch die Einrichtung einer Organisation für Kommunalmarketing möglich sind, in der neben Fremdenverkehr und Kommunalmarketing auch Aufgaben der Wirtschaftsförderung erledigt werden.
- 10.) Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob bei entsprechender Einkaufsgestaltung von gewerblichen Bauflächen Zuschüsse für den Schmutzwasserbeitrag entfallen können.
- 11.) Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, welche Kostenersparnisse generalisiert gesehen erzeugt werden können, wenn die Entwicklung von Wohnbauflächen insgesamt an private Wohnungsbauunternehmen / Entwicklungsgesellschaften / Projektentwicklungsteams abgegeben werden unter dem Vorbehalt der Vergabebestimmungen durch die Gemeinde.

- 12.) Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob eine externe EDV-Verwaltung wirtschaftliche und organisatorische Vorteile hat.
- 13.) Die Verwaltung wird in Anbetracht der Entwicklung der Einwohnerzahlen beauftragt zu prüfen, die hauptamtliche Frauenbeauftragte durch eine ehrenamtlich tätige Frauenbeauftragte zu ersetzen.

Beschlussempfehlung:

- I. Der Haushaltsplan 2003, mit dem im Verwaltungshaushalt die Einnahmen auf 25.735.200 Euro und Ausgaben auf 26.384.200 Euro und mit dem die Einnahmen und Ausgaben im Vermögenshaushalt auf 9.522.800 Euro festgesetzt werden, wird beschlossen.
- II. Die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2003 wird wie folgt beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2003 wird

im Verwaltungshaushalt

in der Einnahme auf	25.735.200 Euro
in der Ausgabe auf	26.384.200 Euro

im Vermögenshaushalt

in der Einnahme auf	9.522.800 Euro
in der Ausgabe auf	9.522.800 Euro

festgesetzt.

§ 2

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahme für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) wird auf 2.187.100 Euro festgesetzt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird auf 1.896.000 Euro festgesetzt.

§ 4

Der Höchstbetrag, bis zu dem Kassenkredite im Haushaltsjahr 2003 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 1.500.000 Euro festgesetzt.

§ 5

Die Steuersätze (Hebesätze) für Realsteuern werden für das Haushaltsjahr 2003 wie folgt festgesetzt:

- | | |
|---|----------|
| 1. Grundsteuer | |
| a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) | 280 v.H. |
| b) für die Grundstücke (Grundsteuer B) | 300 v.H. |
| 2. Gewerbesteuer | 310 v.H. |

III. Das Investitionsprogramm 2002 bis 2006 wird beschlossen

IV. Der Rat nimmt Kenntnis von der Finanzplanung 2002 bis 2006

V. Das zur Sitzung des Verwaltungsausschusses am 18.03.03 nachzureichende „Haushaltskonsolidierungskonzept 2003 der Gemeinde Rastede“ als Anlage zur Beschlussvorlage 2003/006A wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 9

Anfragen und Hinweise

Es werden keine Anfragen gestellt beziehungsweise Hinweise gegeben.

Tagesordnungspunkt 10

Schließung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende Herr Finkeisen schließt die Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses um 18:10 Uhr.